

Zeitenwende und Nachrichtendienste

Hintergrundinformation des GKND

11.09.2023

Am 06. September 2023 hielt das GKND-Vorstandsmitglied Dr. Gerhard Conrad auf freundliche Einladung des Bildungswerks des Bundeswehrverbandes einen Vortrag vor Offizieren der Bundeswehr zu den Implikationen und Konsequenzen der sicherheitspolitischen Zeitenwende für die Nachrichtendienste.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Initiativen zur Einführung weiterer Eingriffsvoraussetzungen für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel samt der damit einhergehenden Kontrollbefugnisse und Strukturen¹ wird allein schon angesichts der absehbar weiter wachsenden Bedrohungen und Risiken zum wiederholten Mal auf die Notwendigkeit einer angemessenen Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Nachrichtendienste und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für politisches, administratives und legislatives Handeln hinzuweisen sein. Befähigung und Kontrolle sind zwei Seiten einer Medaille, die in unser aller Interesse einander entsprechen müssen.

In der Anlage soll daher der leicht redigierte und ergänzte Vortrag in seinen grundsätzlichen Aussagen noch einmal einem breiteren Leserkreis als Diskussionsbeitrag zur Verfügung gestellt werden. Zugleich sei auch auf die kürzlich erschienene Stellungnahme des GKND „Fähige Nachrichtendienste für eine liberale Demokratie“ vom 04. September 2023 verwiesen ([Link](#)).

Für den Vorstand

Dr. Gerhard Conrad

¹ Grüne und FDP wollen Einsatz von V-Leuten besser kontrollieren. ([WELT, 09.09.2023](#)); Die große Geheimdienst-Reform ([ojihad, 06.09.2023](#)); Selbstbewusste Nachrichtendienste für eine liberale Demokratie ([FAZ, 30.08.2023](#)); Kanzleramt zieht Gesetz über Kontrolle des BND zurück. ([SZ, 27.08.2023](#)); Wie die Politik den BND an die Leine nehmen will. ([WELT, 25.08.2023](#)); Kanzleramt will BND-Gesetz reformieren. ([ZEIT, 22.08.2023](#)) ([beck-aktuell, 22.08.2023](#)) ([Netzpolitik, 23.08.2023](#))

Zeitenwende beginnt im Kopf, darf dort aber keinesfalls enden

- Im Grunde umschreibt der seit Februar 2022 zum geflügelten Wort gewordene Begriff von der sicherheitspolitischen Zeitenwende nichts anderes als die Forderung nach einem gesellschaftlichen und politischen **Mentalitätswandel** in Deutschland, ein grundlegendes Umsteuern, den Abschied von Illusionen und eine Hinwendung zu Realitäten.
- In der Realität hat die **Zeitenwende im Sinne eines grundlegenden geopolitischen Wandels** ja bereits Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vor Februar 2022 stattgefunden, im Einzelnen nicht immer radikal und spektakulär, in der Summe der Ereignisse und Tendenzen aber trotzdem unübersehbar für alle, die Realitäten wahrnehmen wollten.
- Darüber ist seit 2022 sehr viel geschrieben und geredet worden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wird in seinen Auswirkungen auf Europa und insbesondere auch auf Deutschland gemeinhin nahezu als Katharsis beschrieben. **Entscheidend ist jedoch, ob der sich hieraus notwendig ergebende Mentalitätswandel eingetreten** oder wenigstens eingeleitet worden ist, und ob er auch zu fassbaren und angemessenen Konsequenzen im außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Handeln führt. Die Devise Erich Kästners: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ bleibt auch hier der entscheidende Maßstab.

Womit sind wir auf absehbare Zeit konfrontiert?

- Die existenziellen Herausforderungen eines **militärisch implementierten russischen Revisionismus**, der die Unterwerfung der Ukraine nur als einen ersten Schritt in einem historischen Prozess zur Rückgewinnung einer hegemonialen Position auf dem eurasischen Kontinent und darüber hinaus sieht, sind vielfach beschrieben worden, im Übrigen keineswegs erst seit 2022².
- Auch die **Entwicklung Chinas zur wirtschaftlichen wie militärischen Großmacht**, wenn nicht Weltmacht mit einem politischen Ordnungsmodell, gesellschaftlichen Wertesystem und Menschenbild, das dem unseren bekanntlich in zentralen Aspekten keineswegs entspricht, ist mittlerweile Gegenstand umfangreicher Analysen und begleitet von politischen Aufrufen zur Abkehr von „Naivität“ im Umgang mit diesem machtpolitischen Schwergewicht, das in seinem Potential schon einmal mit dem „Klimawandel“ verglichen worden ist³. Auch diese Abkehr von Bequemlichkeiten und Opportunismus steht erst am Anfang, wie wir alle wissen.
- Wir sollten hier jedoch keinesfalls die weiteren vielfältigen gravierenden **geopolitischen Verschiebungen und krisenhaften Strukturveränderungen** außer Acht lassen, die unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Zukunftsperspektiven in Frieden und Freiheit über Jahrzehnte hinweg in Frage stellen werden. All dies ist inzwischen Gemeingut sicherheitspolitischer Lageanalysen, was jedoch bekanntlich keineswegs

² S. hierzu allein nur die öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste vor dem PKGr am 17.10.2022 (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-pa-pkgr-908684>)

³ BfV-Präsident Haldenwang in der öffentlichen Anhörung vor dem PKGr am 17.10.2022: „Russland ist der Sturm, China der Klimawandel“ (s. Fn. 2).

bedeutet, dass diese bereits in adäquater Weise Eingang in konkrete Entscheidungs- und Planungsprozesse gefunden hätten. Einige der wesentlichsten Bedrohungs- und Risikofaktoren seien hier deshalb noch einmal stichwortartig in Erinnerung gerufen:

- **Problematische Akteure** mit besonders hohem Gefährdungspotential (Massenvernichtungswaffen/massive interne Probleme/externe Konfliktlagen): Nordkorea, Iran, Pakistan, Indien
- **Problematische Regionen:** Sahel-Zone, Westafrika, Nordafrika, Nahost, Südasien (Afghanistan - Terrorismus); Arktis/Antarktis, Handelswege/Bottlenecks, strategische Ressourcen
- **Klimawandelfolgen:** Zerstörung von Lebensgrundlagen resultieren in Verteilungskämpfen und Migrationsdruck, sowohl regional als auch international mit besonderer Betroffenheit Europas.
- **Pandemien:** Zerstörung von Lebensgrundlagen, Wirtschaftsräumen, globaler Liefer- und Versorgungsketten, lokaler oder regionaler Zusammenbruch von staatlicher Ordnung. All dies führt zu Verteilungskämpfen und Migrationsdruck, sowohl regional als auch international mit besonderer Betroffenheit Europas.
- **Migration** als Resultat von Demographie, Klimafolgen, *bad governance*, die in ganzen Kontinenten (Afrika/Asien) Lebensgrundlagen und Lebensperspektiven ganzer Generationen in Frage stellen. Die Globalisierung von Kommunikation und Mobilität führt zu regionalem und internationalem Migrationsdruck.
- **Terrorismus** ist Ausdruck struktureller sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Konfliktlagen. Das bedeutet: Die Gefahr bleibt bestehen und tritt in immer wieder abgewandelter Form in den verschiedensten Regionen der Welt auf. Durch Globalisierung (Reise, Kommunikation, Handlungsfähigkeit im Cyberraum) betrifft uns Terrorismus überall und zu jeder Zeit. Er ist nicht weit weg, er ist immer da.
- **Versorgungssicherheit:** Unsere Versorgung mit lebenswichtigen Wirtschaftsgütern und Rohstoffen ist im Zeitalter der Globalisierung mehr denn je von Instabilitäten, regionalen Konflikten und Klimawandelfolgen auf der ganzen Welt abhängig. Störungen, Ausfälle von Produktion, von Transportrouten und Umschlagplätzen, gehen uns alle an, sehr häufig sogar unmittelbar.
- **Weltraum:** Bereits heute unverzichtbar und damit auch konfliktgefährdet als strategischer Kommunikationsraum; auf längere Sicht werden sich weitere Implikationen für Rohstoff- und Energiegewinnung ergeben. Der Wettlauf zwischen alten und neuen Weltraummächten (USA, Russland, China, Indien, Japan) ist eröffnet.
- **Cyberraum:** Hier organisiert sich die Welt in Krieg und Frieden, in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Bricht der globale Cyberraum zusammen, bricht die Welt zusammen; regional begrenzt zählt Cyber-Warfare bereits heute zum Standardrepertoire der Kriegführung wie der innerstaatlichen Repression.
- **Hybride Konfliktformen:** Gesellschaftliche und politische Radikalisierungs- und Konfliktpotentiale bestehen weltweit in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Intensität; auch Deutschland ist bekanntlich davon betroffen. Der gezielten Förderung derartiger Zersetzungspotentiale für Gesellschaft, Werte- und Ordnungssystemen gilt es entgegenzuwirken, die Bedrohung unserer eigenen, liberalen und rechtsstaatlichen Lebensweise gilt es aufzuklären, deren Genese und Mittel zu erkennen und Ansätze für ihre Bekämpfung zu entwickeln.

- **Neue Technologien** werden unser Leben in den kommenden Dekaden grundlegend verändern. Künstliche Intelligenz, Quantum Computing, autonome Waffensysteme und Drohnen in den falschen Händen werden zu tödlichen Gefahren für uns alle.

Fazit: Die Lage war in der Akkumulation globaler Risiken noch nie so ernst wie heute

- Wir kommen unausweichlich in eine Ära verschärfter, sich eigendynamisch entwickelnder, gegenseitig verstärkender und ausbreitender Konflikte, Krisen und Risiken. Es handelt sich hier nicht „nur“ um ein paar wenige Jahre, die man mit etwas Glück „abwettern“ kann. Generationen werden mit existenziellen Herausforderungen konfrontiert werden. Das ist die wahre Zeitenwende, die leicht hinter dem tagespolitischen Gebrauch des Begriffs in Vergessenheit zu geraten droht.
- Vieles davon ist durchaus auch in der **Nationalen Sicherheitsstrategie** der Bundesregierung beschrieben, wenngleich ohne allzu viele handlungsleitende Elemente, die das Wesen einer Strategie eigentlich ausmachen sollten⁴. Doch auch die **NATO Strategie 2030**⁵, der **Strategische Kompass der EU**⁶ oder auch die jährlichen **National Intelligence Assessments des Directors National Intelligence**⁷ in den USA lassen hier wenig Raum für Zweifel und begütigende Evasivität nach dem Motto „Es wird ja bestimmt nicht so schlimm werden“. Nein, es wird in der Tat wohl eher schlimmer als weniger schlimm werden; jedenfalls wären wir alle gut beraten, uns darauf einzustellen: „*Hope for the best but prepare for the worst*“!
- Die **globale Bedrohungslage** ist inzwischen sozusagen **Gemeingut**, nicht jedoch, **welche Konsequenzen mit welcher Ernsthaftigkeit und Perspektive** gezogen werden.
- Immerhin bleibt anzumerken, dass die Begriffe **Wehrhaftigkeit** und **Resilienz** schon einmal prominent Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie gefunden haben. Sie werden nunmehr in den kommenden Monaten und Jahren mit Leben und Substanz zu füllen sein.
- **Auf all das gilt es vorbereitet zu sein.** Für all diese Probleme und Herausforderungen müssen Antworten gefunden werden, wo nötig, sinnvoll und vertretbar auch unter Einsatz von *Hard Power*, von militärischen Mitteln.

Kommen wir damit zu den **Konsequenzen der neuen Lage für die Nachrichtendienste** des Bundes und der Länder, für den Bundesnachrichtendienst, für das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz sowie das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst.

Im Grunde können die Konsequenzen sehr einfach zusammengefasst werden, und gerade in militärischen Entscheidungsprozessen ist dies geläufiger als anderswo:

⁴ Integrierte Sicherheit für Deutschland (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nationale-sicherheitsstrategie-2195890>); s. hierzu auch die GKND-Stellungnahme vom 19.06.2023 ([Link](#))

⁵ NATO 2030: Making a Strong Alliance even stronger (<https://www.nato.int/nato2030/>)

⁶ Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt (<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>)

⁷ 2023 National Intelligence Strategy (<https://www.dni.gov/index.php/newsroom/reports-publications/reports-publications-2023/3713-2023-national-intelligence-strategy>) Annual Threat Assessment of the U.S. Intelligence Community (<https://www.intelligence.gov/annual-threat-assessment>)

- **Ohne Lagekompetenz gibt es keine Entscheidungs- und Handlungskompetenz⁸.**
- Dies gilt auf der taktischen Ebene wie auf der operativ-strategischen und politisch-strategischen Ebene.
- Ohne leistungsfähiges Führungsgrundgebiet Nachrichtenwesen (G2/A2, J2), ohne „J2“ kann weder der „J3“ eine qualifizierte Operationsplanung vornehmen noch der Kommandeur eine verantwortliche Entscheidung treffen⁹. Gerade auch rechtzeitig zur Verfügung stehende zutreffende Lageinformation, nicht nur Schanzen, spart im Feld Blut.
- Gleiches gilt für militärische oder auch politische Entscheidungen, nicht nur angesichts von Krise und Krieg, sondern vielmehr auch **weit im Vorfeld**, wenn es darum geht, **Gefahren frühzeitig zu erkennen**, in ihren Spezifika und ihren Implikationen für die eigene Sicherheit zu verstehen. **Nur dann können adäquate Maßnahmen zur Vorbeugung** oder nötigenfalls Bekämpfung entwickelt, vorbereitet und zum Einsatz gebracht werden.
- **Lagefeststellung und Lagebeurteilung** – auch das lehren militärische Ausbildung und Einsatzerfahrung, aber eben nicht nur diese – **müssen die bestmögliche Grundlage in Fakten und deren kompetenter Auswertung und Interpretation haben.**

Und damit sind wir mitten in den praktischen Konsequenzen der Zeitenwende für die Nachrichtendienste.

- Wer keine rechtzeitigen und zutreffenden Informationen zu Terroristen und ihren Plänen beschaffen kann, trägt nichts zur Vorbeugung bei.
- Wer keine wirksame und damit auch rechtzeitige Aufklärung von gegnerischer Spionage oder Sabotage im eigenen Bereich, zivil oder militärisch, zustande bringt, erleidet erhebliche, im schlimmsten Fall großflächige Schäden, bis hin zum Verlust von Menschenleben.
- Wer Cyber-Bedrohungen nicht rechtzeitig detektieren und identifizieren kann, wird sie nicht abwehren und ihre Ursachen nicht wirksam bekämpfen können. Die eigene kritische Infrastruktur, sei sie militärisch oder zivil, ist dann schutzlos einem Angreifer ausgeliefert.
- Wer neuartige Waffensysteme und Technologien nicht rechtzeitig erkennt und versteht, kann ihrer Existenz und insbesondere ihrer potentiellen/aktuellen Gefährlichkeit im Konfliktfall nichts entgegensetzen.
- Wer Angriffsvorbereitungen nicht rechtzeitig erkennt und auf der Grundlage etablierter Erkenntnisse nicht richtig einordnet (oder einordnen will), wird überrascht und erleidet massive Verluste, sei es auf dem Schlachtfeld, sei es im weiteren Bereich der Wahrnehmung eigener existenzieller wirtschaftlicher Interessen und Versorgungssicherheit.
- Wer Risiken und Gefährdungsmomente für Drittstaaten und Regionen nicht erkennt und zutreffend bewertet, verfehlt die Chancen, sich rechtzeitig auf die sich hieraus ergebenden Probleme für die eigene Sicherheit und Versorgungslage vorzubereiten.

Es kommt also auf etwas an:“*Intelligence matters*“. An die national wie international einzusetzende nachrichtendienstliche Sensorik und Analysefähigkeit werden mehr denn je ernsthafte

⁸ Vom Wissen zum Handeln. Integrierte Lagekompetenz für komplexe Entscheidungsprozesse, GKND-Stellungnahme vom 20.03.2023 ([Link](#))

⁹ Vgl. allgemein einfürend: [https://de.wikipedia.org/wiki/Stab_\(Milit%C3%A4r\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Stab_(Milit%C3%A4r))

und hohe Anforderungen zu stellen sein. Intelligence ist ebenso wenig wie militärische Macht „nice to have“ und gegebenenfalls abdingbar; sie ist ein „must have“, sie ist essentiell, wenn es um die Befähigung zur existenziellen Selbstbehauptung und Interessenwahrnehmung geht.

Dabei muss Intelligence **handlungsbefähigend (actionable)** und damit **konkret und detailliert** sein. Ohne Details keine Action. Action ist dabei keineswegs gleichzusetzen mit einem Militärschlag. Action beginnt beim Planen, beim Schaffen von politischen, wirtschaftlichen, administrativen, sicherheitlichen und natürlich auch militärischen Handlungsoptionen.

Die Zeiten parteiübergreifender politischer wie gesamtgesellschaftlicher Indifferenz oder gar sich moralisch verstehender Überheblichkeit gegenüber existenziellen Sicherheitsfragen – im fehlgeleiteten Wohlgefühl dass im Zweifel es ja doch andere sind, die ihren Kopf hinhalten müssen – **sind vorbei**, diese Einsicht sollte inzwischen unabweisbar geworden sein und zunehmend Platz greifen. Wir fahren nicht mehr in der Mitte des Geleitzuges und profilieren uns allenfalls als nachträgliche Besserwisser, vorbeugende Bedenkenträger und Risikominimierer.

Und damit ist es eben weniger denn je egal, ob zutreffende handlungsbefähigende nachrichtendienstliche Erkenntnisse zur rechten Zeit vorliegen oder nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu einmal in seinem Urteil vom 19. im Mai 2020 zur Auslandsaufklärung einen sehr klugen Satz formuliert, den man gar nicht oft genug wiederholen kann:

*„Die Versorgung der Bundesregierung mit Informationen für ihre außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen hilft ihr, **sich im machtpolitischen Kräftefeld der internationalen Beziehungen zu behaupten**, und kann **folgenreiche Fehlentscheidungen verhindern**. Insoweit geht es mittelbar zugleich um die Bewahrung demokratischer Selbstbestimmung und den Schutz der verfassungsrechtlichen Ordnung – und damit um Verfassungsgüter von hohem Rang. In Frage steht mithin ein gesamtstaatliches Interesse, das über das Interesse an der Gewährleistung der inneren Sicherheit als solcher deutlich hinausgeht“.*

Es sollte also jedermann einsichtig sein, dass **unzureichende Intelligence und Lagekompetenz ebenso wenig „egal“ sein kann wie unzureichende Bewaffnung, Ausrüstung, Mobilität, Durchhalte- und Führungsfähigkeit der Streitkräfte in der Landes- und Bündnisverteidigung oder im mandatierten Auslandseinsatz.**

In Bezug auf die Bundeswehr werden seit Februar 2022 immer wieder die ganz erheblichen Anstrengungen und Herausforderungen betont, deren es jetzt bedarf, um die über die Jahrzehnte der Vernachlässigung und Unterfinanzierung akkumulierten gravierenden Unzulänglichkeiten abzubauen. Bei dieser Einsicht kann und darf es jedoch nicht bleiben.

In vergleichbarer Weise werden sich die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger in Regierung und Parlament auch einem **nachrichtendienstlichen Kassensturz** nicht entziehen können¹⁰:

¹⁰ Vgl. hierzu bereits GKND: Zeitenwende und Nachrichtendienste: Anmerkungen zur aktuellen Diskussion um die Ertüchtigung der Nachrichtendienste 02.02.2023 ([Link](#)) Befähigung und Zukunftsfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes. Fragen an Politik und Dienst angesichts der sicherheitspolitischen Zeitenwende, 24.03.2022 ([Link](#)); Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Ukrainekrise - Ein Paradigmenwechsel auch für die Nachrichtendienste, 22.02.2022 (!) ([Link](#))

- Welche personellen, operativen, technischen und analytischen Fähigkeiten haben die Dienste in ihren bisherigen und lagebedingt neuen Aufgabenbereichen?
- Sind die Dienste für die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft ausreichend personell ausgestattet, im Hinblick auf Quantität, aber insbesondere auch in Bezug auf Qualität, d.h. Fachkompetenz in den jeweiligen Aufklärungsgebieten? Hier genügt nicht Mittelmaß, hier muss Exzellenz angestrebt, nötigenfalls mit gesondertem Mitteleinsatz geschaffen werden. Es geht nicht um die Ansammlung und Aufbereitung von Bekanntem, es geht um die Aufklärung und Analyse des Unbekannten, es geht um Informationen mit Detailtiefe und Handlungsrelevanz, nicht um Allgemeinplätze und wohlfeile Abstraktionen.
- Wie sind die technischen und operativen Fähigkeiten im Bereich Intelligence, Surveillance und Reconnaissance (ISR) entwickelt, bei der Bundeswehr, bei der NATO? Welche Beiträge sind hier gegebenenfalls von Seiten der deutschen Nachrichtendienste, insbesondere von Seiten des BND, zu leisten?
- Verfügt der BND über die in Zukunft erforderliche Leistungsfähigkeit als militärischer Nachrichtendienst, dessen taktische und strategische Aufklärungsergebnisse in angemessener, verwertbarer und zeitgerechter Form in die Lagestrukturen des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr einfließen können? Welche Voraussetzungen sind hier gegebenenfalls zu schaffen, um dies zu gewährleisten?
- Welche Befähigungen in den Bereichen SIGINT/ELINT, COMINT, SOCMINT und GEOINT sind von der Sache her zwingend erforderlich, um die in Zukunft benötigten Aufklärungsergebnisse zu erzielen und in relevante Lageinformationen für Politik, Sicherheit und Militär umzusetzen?
- Welche HUMINT-Befähigungen sind in welchen Bereichen der inneren und äußeren Sicherheit angesichts der neuen Herausforderungen zu entwickeln und vorzuhalten? Die nachrichtendienstliche Penetration von gegnerischen Zielen mit Innenquellen und Informanten ist ein langfristig und strategisch anzugehendes Vorhaben, das erhebliche Investitionen in internationale operative Infrastruktur erfordert. Hier sind neben dem üblichen nachrichtendienstlichen „Handwerkszeug“ auch erhebliche sozialpsychologische und soziokulturelle Befähigungen und Kapazitäten gefordert, die es aufzubauen gilt. Hier muss viel Geld in die Hand genommen werden, auch Risiken müssen eingegangen und letztlich auch politisch verantwortet werden, wenn reale und nicht nur symbolische Ergebnisse erzielt werden sollen. HUMINT im Inneren durch die Verfassungsschutzämter, besonders aber auch im Ausland durch den BND ist ein bitter ernstes Geschäft und nichts für Risiko- und Verantwortungsscheu in Verwaltung und Politik. Auch hierzu hat das Bundesverfassungsgericht deutliche Worte gesprochen¹¹:
„Die Auslandsaufklärung betrifft Vorgänge in anderen Ländern, in denen der deutsche Staat allenfalls punktuell mit eigenen Erkenntnisquellen präsent ist und sein kann und in denen er nicht über Hoheitsbefugnisse verfügt, die ihm einen unmittelbaren Zugriff auf Informationen ermöglichen. Dabei muss die Aufklärung im Interesse der Handlungsfähigkeit und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland insbesondere auch an Informationen gelangen können, die ihr – möglicherweise in nachteiliger Absicht – gezielt vorenthalten und in der Hoheitssphäre des Drittstaats geheim gehalten werden. Die Maßnahmen der Aufklärung können zudem nach dem Recht des Zielstaats nicht selten illegal, jedenfalls oft unerwünscht sein. Dabei ist der Dienst zugleich mit den

¹¹ BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 19. Mai 2020, - 1 BvR 2835/17 -, Rn. 1-332, Rn. 159

Abwehrtätigkeiten der Zielländer konfrontiert, die die Aufklärung ihrerseits mit polizeilichen und nachrichtendienstlichen Mitteln behindern und zu hintertreiben suchen. Die Arbeit ist damit besonders gefährdet und prekär und auf außergewöhnliche Mittel verwiesen“.

- Welche **rechtlichen Mandatierungen** müssen die Dienste haben, um ihrem Auftrag jetzt und gerade auch in Zukunft gerecht werden zu können? Hier geht es erst einmal um die Entwicklung und Definition der notwendigen technischen und operativen Befähigungen, dann erst um deren rechtliche Bewertung und erforderliche Einhegung, die diese ihrerseits jedoch nicht *ad absurdum* führen dürfen¹².
- **Vorsorgliche Vermeidung von technischen und operativen Optionen** führt zu gefährlicher Handlungsunfähigkeit, das haben die fruchtlosen und schädlichen Diskussionen um die Bewaffnung von Drohnen oder auch um die nukleare Teilhabe gezeigt. Im anglo-amerikanischen Raum gibt es die Devise: „*Strong capabilities require strong oversight*“. Zunächst aber gilt es erst einmal, diese „*strong capabilities*“ zu haben, und sich dieser nicht von vornherein zu entkleiden, in der meist stillschweigenden Erwartung, dass ein anderer die Drecksarbeit für uns schon erledigen wird und sich dafür später auch noch entsprechend kritisieren lässt. Diese in Jahrzehnten kollektiv eingeübte Form der Evasivität, Heuchelei und Verantwortungsscheu wird im politischen Diskurs klar zu identifizieren, zu benennen und gemeinsam zu überwinden sein.
- Hierzu gehört auch, dass wir uns **nicht bereits zu Beginn einer Befähigungsdebatte auf die Potentiale der internationalen Zusammenarbeit, auf gemeinsame Ansätze im Bündnis, fokussieren**. Sie alle kennen die ironische Entschlüsselung des Begriffs TEAM als Akronym für: „**T**oll, **E**in **A**nderer **M**acht's“. Befähigung fängt erst einmal mit einem ernsthaften Bemühen zu Hause, bei sich selbst an. Erst auf dieser Grundlage ist es statthaft, nach Synergien Ausschau zu halten. Der eigene Beitrag muss hierbei kompetent, in der Sache signifikant und relevant für die gemeinsame Anstrengung sein. Kollektivierung zieht in der Regel einen erhöhten Zeit- und Mittelaufwand nach sich und kann so als probates Mittel zur Prokrastination unliebsamer Maßnahmen eingesetzt werden. Das mag als „schlau“ gelten, ist aber häufig einfach nur verantwortungslos.
- **Zeitenwende**, dies hat die vormalige Verteidigungsministerin einmal in einem bis heute lesenswerten Vortrag vor der DGAP im September 2022 sehr klar gesagt¹³, „*findet ... nicht zu allererst im Portemonnaie statt, sondern im Kopf. Und wir alle wissen, dass dort die Veränderung am schwierigsten hinzubekommen ist*“.
- Diese Zeitenwende im Kopf erfordert eben nicht nur ein gesellschaftliches und in der Folge dann auch politisches Umdenken in der Wahrnehmung der **Bundeswehr** und der Bedeutung ihrer Aufgaben; sie erfordert den gleichen Wandel eben auch in Bezug auf die **Nachrichtendienste**, deren erfolgreiche Arbeit eine ganz maßgebliche Voraussetzung für lagegemäßes und zielorientiertes Handeln ist, und keine eigendynamische, zweckfreie oder gar repressiv motivierte anlasslose „Schnüffelei“ eines tendenziell „übergreifigen“ Staates und seiner Organe. Nur wenn wir diese über Jahrzehnte gepflegte, unreflektierte Fehlperzeption und Abwehrhaltung überwinden und einen ebenso

¹² Befähigung und Kontrolle: Rahmenbedingungen für die strategische Ausland-Ausland- Fernmeldeaufklärung des BND, GKND Hintergrundinformation, Oktober 2021 ([Link](#))

¹³ Die Bundeswehr muss Kern deutscher Sicherheit sein. In ihrer Grundsatzrede zur ersten Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands hat Verteidigungsministerin Christine Lambrecht einen sicherheitspolitischen Kulturwechsel gefordert ([BMVg, 12.09.2021](#))

sachlichen wie sachkundigen Ansatz zu Nachrichtendiensten und ihrer Arbeit finden, werden wir in der Lage sein, den anstehenden Herausforderungen standzuhalten.

- Konkret wird das unter anderem auch bedeuten müssen, dass das **Image der Nachrichtendienste**, gerade auch des BND, in diesem Sinne durch eine **adäquate Öffentlichkeitsarbeit** der Bundesregierung zu verbessern sein wird¹⁴. Es nützt nichts, wenn nur der Dienst über sich spricht – er ist ja schließlich „Partei“. Wesentlich wichtiger ist es, dass die einschlägigen Ressorts der Bundesregierung die **Bedeutung wirksamer Auslandsaufklärung für die eigene Orientierung und Arbeit** betonen und dies mit einer entsprechenden Erwartungshaltung, aber eben auch mit anlassbezogener öffentlicher Wertschätzung des Geleisteten verbinden. Gefragt sind hier insbesondere natürlich die zentralen Bedarfsträger BMVg und AA, aber auch das BMI und an erster Stelle das Bundeskanzleramt als Dienst- und Fachaufsichtsbehörde des BND. Hier geht es nicht um „Lobeshymnen“ oder unzulässige Weitergabe von schutzbedürftigen Informationen. Die positive allgemeine Erwähnung, das auch die auftragsgemäße Unterstützung des Dienstes zur in Frage stehenden Entscheidung, zum erzielten Erfolg beigetragen habe, erfüllt ihren Zweck, wenn sie zur guten Übung wird.
- Es bleibt weiterhin eine wesentliche **Aufgabe der politischen Bildung**, auf eine Entmystifizierung, insbesondere aber auch auf eine **Entdämonisierung der Dienste** hinzuwirken. Der gerade in Deutschland verbreiteten auflagenwirksamen Fokussierung auf problematische Aspekte geheimdienstlicher Aktivitäten nicht selten anderer, häufig undemokratischer und repressiver Staaten entspräche es, wenn im Fall **der Bundeswehr** ausschließlich und ohne Kontext auf die gemeinhin abscheuliche Wirkung der zur Verfügung stehenden Waffen abgehoben würde. Gleiches könnte auch für die **Polizei** und die ihrer *in extremis* eingesetzten Zwangsmittel gelten. **Hard power per se ist die Anwendung von Gewalt**. Nicht umsonst wird diese geregelt und begrenzt. Die **reale Option ihres Einsatzes ist jedoch nötig**, wollte man nicht die nunmehr auch offiziell geforderte Wehrhaftigkeit als elementares Mittel staatlicher Selbstbehauptung im gemeinsamen Interesse *a priori* aufgeben. Hier hat die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie bekanntlich erstmals politische Maßstäbe gesetzt. Gleiches gilt auch für nachrichtendienstliche Mittel, die noch dazu – insbesondere in Deutschland – *lege lata* mit Gewaltausübung und insgesamt exekutiven Maßnahmen nichts zu tun haben, sondern mit verdeckten Maßnahmen der Informationsbeschaffung, die mit Einschränkungen von grundgesetzlich gewährleisteten Persönlichkeitsrechten der informationellen Selbstbestimmung einhergehen. Die Entscheidung zur exekutiven Nutzung nachrichtendienstlich beschaffter Informationen und Hinweise liegt grundsätzlich nicht in den Händen der deutschen Nachrichtendienste, deren Verantwortung in der zeit- und sachgerechten Weitergabe an die hierfür gesetzlich legitimierten Abnehmer liegt. Auch in diesem Bereich obliegt es jedoch dem Gesetzgeber, für sachgerechte Übermittlungsregelungen zu sorgen, mit denen erzielte nachrichtendienstliche Beschaffungserfolge nicht durch komplexe zeitraubende Entscheidungsverfahren und prohibitive Voraussetzungen *ad absurdum* geführt werden. Unsere Zukunft wird absehbar durch eine weitere dramatische Verkürzung von Handlungs- und insbesondere Reaktionszeiten durch Digitalisierung, KI und Quantum Computing geprägt sein. Mit altväterlichen Bearbeitungs-

¹⁴ S. hierzu bereits „Mehr Transparenz und Profil wagen! Plädoyer des GKND für eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu den Nachrichtendiensten, 24.01.2022 ([Link](#))

Kommunikations- und Entscheidungsprozessen wird Zukunftssicherheit ebenso wenig zu gewährleisten sein wie Kooperationsfähigkeit mit internationalen Partnern¹⁵.

- Ein klarer Blick auf diese Realitäten ist auch essentiell für die personalwirtschaftliche Zukunft und Leistungsfähigkeit der Dienste. Ohne wirksames **Employer Branding** wird die allseits beschworene „Mega-Herausforderung“ **Personalgewinnung und Personalentwicklung**, der „Kampf um die besten Köpfe“ in den kommenden Jahren nicht zu bewältigen sein¹⁶. Dies gilt bekanntlich auch für die Bundeswehr, die hier in größtem Stile PR-Mittel und andere Maßnahmen zur Profilierung von Auftrag und Perspektiven einsetzt¹⁷. Vergleichbare Ansätze werden auch für die Dienste zwingend erforderlich sein, und auch hier steht die Bundesregierung mit dem Bundeskanzleramt und den politisch verantwortlichen Ressorts und deren Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in der ersten Linie, nicht die Dienste als obere Bundesbehörden, die hier einen von Dienst- und Aufsichtsbehörden politisch vorgegebenden Rahmen auszufüllen haben.
- Das grundsätzliche sicherheitspolitische Umdenken im Zeichen der Zeitenwende wird auch zwingend die Fähigkeit zur zeitgerechten und ergebnisorientierten Entscheidungsfindung und damit **Umsetzung aller jeweils einschlägigen Inputs von Intelligence und Information in eine Gesamtlage** in die sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse der Bundesregierung einbeziehen müssen. Die Bemühungen um die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats und insbesondere auch einer diesem zuzuordnenden Gesamtlagekompetenz für Krisenfälle wie für Krisenvorsorge sind bekanntlich erneut an Ressort- und Parteigoismen gescheitert, denen nicht zum ersten Mal Vorrang vor Sachgerechtigkeit und notwendiger Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit gegeben wurde¹⁸. Unter veränderten koalitionspolitischen Vorzeichen hat sich das gleiche Trauerspiel auch schon einmal 2008 abgespielt, seinerzeit jedoch noch in einer vergleichsweise „entspannten“ internationalen Situation.
- **So konnte es dann auch zu Situationen kommen wie jener im Vorfeld des russischen Überfalls auf die Ukraine**, die in einer detaillierten Analyse der SZ im Februar 2023¹⁹ einmal so beschrieben worden ist:
„Die Lage lässt sich so zusammenfassen: **Putin greift in wenigen Stunden an, aber in der deutschen Hauptstadt verbreitet sich allenfalls Halbwissen**. Durch das Verteidigungsministerium geistern Informationen aus Brüssel. Im Kanzleramt wiederum melden sich Journalisten per SMS und erkundigen sich, ob US-Informationen stimmten, wonach ein russischer Angriff unmittelbar bevorstehe. Im Kanzleramt weiß man von nichts, lässt aber bei der US-Botschaft nachfragen – ohne Erfolg. Aus den Ministerien

¹⁵ Zur Diskussion vgl. beispielhaft Munir, Situational Awareness: Techniques, Challenges, and Prospects, in: AI Volume 3, Issue 1, 2021 ([Link](#))

¹⁶ S. GKND-Stellungnahme Personalgewinnung und Personalentwicklung – Eine „Mega-Herausforderung“ für Dienste, Regierung und Parlament, 04.09.2023 ([Link](#))

¹⁷ Pistorius offen für Veteranentag: "Richtig gute Idee" ([Zeit, 10.09.2023](#))

¹⁸ S. hierzu ausführlich und mit weiteren Nachweisen: Vom Wissen zum Handeln. Integrierte Lagekompetenz für komplexe Entscheidungsprozesse. Stellungnahme des GKND zum erneut gescheiterten Nationalen Sicherheitsrat, 20.03.2023 ([Link](#));

¹⁹ Zeit des Erwachens. Eine Rekonstruktion der Wochen vor Kriegsbeginn vom 17.02.2023 (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/ukraine-krieg-russland-bundesregierung-ueberraschung-e723639/>)

oder dem BND gehen an diesem Abend offenbar keine Meldungen in der Regierungszentrale ein. **Unmittelbar vor Kriegsbeginn sind also verschiedene Stellen in der Bundesregierung unterschiedlich informiert – oder auch gar nicht.** Jeder Gesprächspartner hat zu diesem letzten Abend vor dem Krieg eine eigene Geschichte, was er erfährt und von wem. Vieles passt nicht zusammen. **Was fehlt, ist ein Verfahren, das dem Ernst der Lage gerecht wird“.**

- **So können und dürfen Lage- und Entscheidungsprozesse in Zukunft nicht mehr aussehen,** und es ist kein Ruhmesblatt für das politische System und seine institutionellen wie politischen Akteure, dass auf die blamablen Vorgänge im Februar 2022 lediglich mit wohlfeilen, meist tagespolitisch motivierten gegenseitigen Schuldzuweisungen reagiert worden ist, nicht jedoch mit grundsätzlichen organisatorischen Konsequenzen für die außen- und sicherheitspolitischen Lagefeststellungs-, Lagebeurteilungs- und Entscheidungsprozesse der Bundesregierung! Auch hier wird ein Prozess des Umdenkens, eine Zeitenwende im Kopf aber eben auch im Handeln, noch in dieser Legislaturperiode, dringlicher denn je erforderlich sein.
- Gefordert ist mithin, durchaus im Sinne der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, ein umfassendes sicherheitspolitisches Umdenken und daraus resultierendes ergebnisorientiertes planerisches und gestalterisches Handeln. All dies wiederum erfordert wie alle kollektiven Anstrengungen Zeit, jedoch nicht eine Zeit der Untätigkeit, sondern eine Zeit des geduldigen Aufklärens, der Diskussion und vor allem des Handelns. Hier sind wir alle, jede und jeder in den jeweiligen Funktionen und Positionen, aufgerufen, unseren Beitrag zu leisten.